

Georgij A. Arbatow

Der sowjetische Standpunkt

Vorwort zur Neuauflage

Dieses Buch erschien im März 1981 bei Rogner & Bernhard und erwies sich als das möglicherweise längste Interview der Geschichte. Der holländische Journalist Willem Oltmans stellte die Fragen. Ich beantwortete sie.

Der Plan einer Neuauflage wurde zwischen dem Verlag und beiden Autoren vereinbart, denn in der inzwischen vergangenen Zeit sind die meisten der in diesem Buch erörterten Probleme noch wichtiger und drängender geworden und stehen in vielen Ländern im Mittelpunkt heißer politischer Auseinandersetzungen, so auch in der Bundesrepublik Deutschland. Die vorliegende Auflage ist mit der Originalausgabe völlig identisch. Aber da die letzten Monate uns viele Ereignisse beschert haben, die zu ignorieren diese Ausgabe weniger interessant machen würde, kamen wir mit dem Verlag zu dem Entschluß, daß ich eine Einleitung schreiben sollte, die sich mit einigen dieser Ereignisse befaßt.

Das sowjetische Staatsoberhaupt Leonid Breschnew verglich die augenblickliche Weltlage sehr treffend mit einem Kreuzweg. Die Menschheit kann den Weg sich weiter verschärfender internationaler Spannungen und der Anhäufung noch größerer Waffenberge einschlagen – den Weg, der fast sicher im nuklearen Holocaust enden würde, der die Erde als einen Planeten mit Leben darauf auslöscht. Oder sie kann sich in Richtung auf Abrüstung, größere Zusammenarbeit und einen sicheren Frieden für die starken wie für die schwachen Nationen in Bewegung setzen.

Wir stehen an einem Kreuzweg, und niemals zuvor ist die Entscheidung so unabdingbar und schicksalhaft gewesen. Die Gefahr der Vernichtung der Menschheit ragt wie ein sich zusammenbrauchendes Gewitter drohend über dem Horizont auf, und starke Kräfte sind dabei, die Welt ins Zentrum des Sturms zu stoßen. Klingt das übertrieben dramatisch, allzu pessimistisch? Haben wir nicht 37 Jahre „mit der Bombe gelebt“, ohne das „allerletzte Massensterben“ auszulösen, und können wir also nicht mehr oder minder erwarten, daß wir genauso weiterleben? Immer wenn mir diese Argumente entgegengehalten werden, muß ich an die Geschichten denken, die mir im Zweiten Weltkrieg von Augenzeugen erzählt wurden und in denen geschildert wird, wie Piloten ohne Fallschirme aus ihren abgeschossenen Maschinen stürzten – und es dennoch fertig brachten, lebend zu landen, sei es, daß sie von der Schockwelle abgefangen wurden, die ihr Flugzeug, das ein paar Sekunden vorher aufschlug, auslöste, sei es, daß sie auf einen langen schneebedeckten Abhang fielen. Solche Dinge kamen wirklich vor. Sie sind Tatsachen. Aber es wäre Irrsinn, aufgrund dieser Tatsachen zu meinen, man könne ruhig ohne Fallschirm aus dem Flugzeug springen.

Diese 37 Jahre sind außerdem alles andere als idyllisch gewesen. Über 200 Kriege haben in dieser Zeitspanne stattgefunden, denen Zigmillionen zum Op-

fer fielen. Mehrere Dutzend Male wurden bei Konflikten Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt; einige dieser Situationen brachten die Welt an den Rand der Katastrophe – und gaben ihr die Möglichkeit, einen Blick hinüber zu werfen. Alles in allem wurde die Welt in diesen Jahren nicht nur durch staatsmännisches Geschick gerettet, sondern auch durch reines Glück, vielleicht sogar größtenteils durch reines Glück. Dürfen wir uns weiter darauf verlassen? Vor allem in einer Situation, die noch komplizierter und gefährlicher wird?

Innerhalb von 37 Jahren ist die Zahl der Atomwaffen in der Welt von 1 auf 50 000 gestiegen, und sie wächst noch immer rasch weiter. Diese Tatsache allein, selbst wenn wir die politischen Hintergründe außer Acht lassen, sollte uns zu denken geben. Jedes Jahr, jedes Jahrzehnt wird gefährlicher als das vorangegangene, es sei denn, wir stoppen den Rüstungswettlauf.

Aber das quantitative Anwachsen der Atomwaffen ist keineswegs die einzige Gefahr. Auch ihre qualitativen „Verbesserungen“, wenn man so ein Wort angesichts von Atomwaffen überhaupt verwenden darf, sind Grund zu sehr ernster Sorge. Eine ganze Generation neuer Waffen betritt im Augenblick die Szene, die die Angst vor einem vernichtenden ersten Schlag außerordentlich steigern werden. Und es wird nahezu, wenn nicht ganz unmöglich werden, die anderen Waffen mit nationalen technischen Mitteln oder auf irgendeine andere Weise zu überwachen. Und wenn das bestehende Überwachungssystem zusammenbrechen sollte, dann würde das das Ende der Rüstungskontrolle überhaupt bedeuten. Außerdem besteht die düstere Aussicht, daß wir viele neue Mitglieder dem Club der Atommächte beitreten sehen. In einer Welt voller Konflikt- und Kriegsherde steigert die unkontrollierte atomare Zellteilung die Möglichkeit ungeheuer, daß noch vor Ende dieses Jahrzehnts an irgendeinem Brennpunkt der Erde Atomwaffen eingesetzt werden.

Als Kern alles dessen ist die klare Tatsache anzusehen, daß viele Staaten und Staatsmänner, was den Krieg und die Anwendung militärischer Stärke betrifft, weiterhin im wesentlichen voratomaren Vorstellungen verhaftet sind. Die Realitäten des Atomzeitalters werden immer noch oft geleugnet, nicht anerkannt oder schlicht vergessen von denen, die es besser wissen sollten, da sie die Mittel in der Hand haben, der Geschichte des Menschen ein Ende zu setzen.

Mit anderen Worten, mit reichlich viel Gleichgültigkeit wird die Menschheit weiter in dieselbe Richtung gestoßen, in die sie sich schon Jahrtausende, gefangen im Kreislauf von Krieg – Wiederaufrüstung – Krieg, bewegt hat. Um alles noch schlimmer zu machen, wird die Welt jetzt vorsätzlich und mit ganz bewußten Methoden, die die Realitäten des Atomzeitalters ignorieren, in diesen selbstmörderischen Abgrund getrieben.

Die erste Auflage dieses Buches erschien kurz vor Ronald Reagans Amtsantritt. Seine Regierung kam mit einem sehr aggressiven Programm an die Macht, auch wenn es durch mehrere Erklärungen Reagans vor seiner Wahl bis zu einem gewissen Grade abgemildert wurde. Diese Erklärungen wurden offenbar nur deshalb abgegeben, weil dem Kandidaten und seiner Umgebung klar wurde, daß im Ruf eines Kriegshetzers zu stehen sich als verheerend für seine Wahlkampagne erweisen könne.

In den ersten Monaten der Präsidentschaft Reagans und auch seither ist manches über die Unfähigkeit der „neuen“ Leute in Washington gesagt worden – über ihre mangelnde Erfahrung und ihr nicht sehr hohes intellektuelles Niveau, verbun-

den mit ideologischem Übereifer. Es war schwer, dem nicht zuzustimmen. Was die Richtung ihrer Politik angeht, so ist sie durchweg der superharten Linie gefolgt, die sich in den meisten Erklärungen vor der Wahl andeutete, und hat nur sehr wenige Anzeichen der Mäßigung an den Tag gelegt. Diese Regierung hat die gefährlichen Tendenzen in der Politik, die ihre Vorgängerinnen in ihrem jeweiligen Endstadium betrieben, nicht nur fortgesetzt, sondern noch verschärft. Sie hat es vorgezogen, die Beziehungen zur Sowjetunion weiter zu verschlechtern. Ich denke hierbei nicht nur an die Eskalation von Phrasen, die an den Kalten Krieg erinnern, an die Unverfrorenheit offizieller Verlautbarungen, die die Grenzen diplomatischer Regeln sprengen, an verleumderische Beschuldigungen – sei es des Terrorismus, sei es der Verwendung chemischer und biologischer Waffen, sei es von sonst etwas. Die militärische Haltung dieser Regierung, ihre Einstellung zu Rüstungskontrollgesprächen, ihre ununterbrochenen Versuche, eine internationale Krisenatmosphäre zu schaffen – alles weist auf den Schluß hin, daß die allgemeine Richtung der amerikanischen Außenpolitik Kurs auf einen neuen Kalten Krieg, möglicherweise auf noch Schlimmeres, genommen hat. In der ersten Zeit seiner Regierung rief Präsident Reagan seine Landsleute dazu auf, „heldenhafte Träume zu träumen“. Es ist schwer zu sagen, wie Millionen normaler Amerikaner, die über die wirtschaftlichen Nöte und die wachsende Atomgefahr beunruhigt sind, eigentlich auf diesen Aufruf reagiert haben. Aber die amerikanische Außenpolitik ist tatsächlich länger als anderthalb Jahre in einer Traumwelt umhergeirrt, wobei sie sich zunehmend sowohl von der realen Welt und den realen Interessen der USA, als auch von den ökonomischen, politischen und geistigen Fähigkeiten der Vereinigten Staaten entfernte.

Natürlich war der Wunsch nach einer Flucht aus der Wirklichkeit schon im republikanischen Parteiprogramm von 1980 und in den Bestrebungen, Ansichten und ideologischen Vorstellungen von vielen jener Leute klar zu erkennen, die 1981 einflußreiche Positionen in Washington einnahmen. Was erstaunt, ist, wie schwierig, mühevoll und langsam der Ernüchterungsprozeß gewesen ist und wie oft er noch immer von politischen Wahnsinnsanfällen unterbrochen wird.

Reagans Außenpolitik hat immer wieder versucht, eine Basis in den gescheiterten Dogmen des Kalten Krieges zu finden, in seinen Mythen und Irrtümern, die in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, als viele glaubten, das Jahrhundert Amerikas sei angebrochen. Nun, jeder Irrtum hat seinen Preis, der mit Enttäuschungen und Fehlschlägen bezahlt wird. Aber der Preis der amerikanischen Irrtümer in der Kernfrage von Krieg und Frieden in der atomaren Welt von heute könnte sich leicht als gefährlich hoch erweisen, nicht nur für die Amerikaner, auch für die ganze übrige Welt.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten zu beurteilen, wie erfolgreich und wirkungsvoll eine Politik ist. Eine Möglichkeit ist, die Ergebnisse einer Politik mit ihren erklärten Zielen zu vergleichen.

Das Hauptziel der Reagan-Regierung war es, die USA in die Lage zu versetzen, ihren Willen anderen Ländern zu diktieren, sie zu zwingen, nach Washingtons Wünschen zu handeln, und zwar mit allen verfügbaren Mitteln, und seien es die äußersten. Hieraus resultiert die Tendenz, die militärische Macht der USA drastisch auszubauen und ihre „Verwendbarkeit“ in der Außenpolitik zu steigern – militärisches Übergewicht und rasche Einsatzstärke sollen das sicherstellen. Washington hat sich daran gemacht, diese Pläne mit Nachdruck auszuführen –

jeder nächste Verteidigungshaushalt stellt einen neuen Rekord auf, und auch die Verbündeten werden gedrängt, ihre militärischen Anstrengungen zu erhöhen. Militärische Erpressung, Säbelrasseln und das Entfachen von Kriegshysterie sind wieder deutliche Kennzeichen der amerikanischen Außenpolitik geworden. Seit Reagans Amtsantritt hat die Welt aus Washington zu hören bekommen, daß es Wichtigeres als den Frieden gebe, daß ein Atomkrieg nicht so schrecklich sei, denn er könne gewagt, überlebt und gewonnen werden, und daß die Sowjetunion vor der Wahl stehe, entweder dem Kommunismus abzuschwören oder aber in einem Krieg vernichtet zu werden, den die USA notfalls zu einer atomaren „Demonstration“ zu machen gewillt seien, um ihre Gegner abzuschrecken. Übrigens meine ich, jeder unvoreingenommene Beobachter sollte von dem moralischen Anspruch, mit dem die Reagan-Regierung die Sowjetunion verurteilt, doch eher beunruhigt sein. Indem sie unser Land als eine Art internationalen Outlaw hinstellt, maßt sie sich die Rolle eines Sherriffs aus dem Wilden Westen an, der in die Stadt reitet, um Gesetz und Ordnung wiederherzustellen. Ich möchte nicht so aussehen, als müßte ich etwas verteidigen. Das Buch enthält genug von unseren Argumenten in Sachen Angola, Äthiopien, Afghanistan, Polen, Menschenrechte. Über Polen möchte ich dennoch zusätzlich etwas bemerken. Ich meine, die Haltung der Reagan-Regierung im Zusammenhang mit dem Kriegsrecht dort war besonders scheinheilig. Washington heuchelte Empörung und veranstaltete sogar eine Fernseh-Sondersendung darüber. Aber es ist ein offenes Geheimnis, daß viele Leute in der Reagan-Regierung das Allerschlimmste als Szenario für die Polenkrise lieber gesehen hätten, etwa die „Besetzung“ Polens durch sowjetische Truppen – womit alle Probleme für sie gelöst worden wären: die Opposition mundtot zu machen, die gegen ihre Aufrüstung und ihre Bemühungen, Spannungen zu schüren, auftrat, und Europa in einen antisowjetischen Kreuzzug treiben. Der wahre Grund ihrer Empörung war also, daß Polen in der Lage war, die Krise zu überwinden, und daß ihr Katastrophen-Szenario nicht Wirklichkeit wurde.

Und natürlich wirkt die amerikanische Moralpose noch unglaublicher, wenn man sie neben den Ruf hält, den Amerika besitzt. Niemand hat Vietnam, die Dominikanische Republik, Chile vergessen. Mr. Reagans Bild von Amerika mag recht rosig sein (zum Beispiel hat er gesagt, daß es in den dreißiger Jahren kein Rassenproblem gegeben habe), aber die Welt weiß es besser. Und der Sozialdarwinismus der gegenwärtigen US-Innenpolitik reißt in einem Augenblick, da die Arbeitslosigkeit einen neuen Rekord seit fünfzig Jahren erreicht, in Washingtons Glaubwürdigkeit eine noch größere Lücke. Selbst die etablierten Medien in den USA stellten einen gewissen Widerspruch zwischen Mr. Reagans Unterstützung für die „Solidarität“ in Polen und seiner brutalen Unterdrückung der amerikanischen Fluglotsengewerkschaft fest.

Was sind nun die Ergebnisse dieser Aktionen in Taten und Worten? Die internationalen Spannungen sind zweifellos größer geworden. Der Rüstungswettlauf hat sich ohne Frage verschärft und ist noch gefährlicher geworden. Die Bedrohung durch einen Atomkrieg ist ohne Zweifel nähergerückt.

Aber hat Amerika die Ergebnisse erzielt, die es anstrebt? Ist es in irgendeiner Hinsicht stärker und in den Weltereignissen einflußreicher geworden? Die Antwort lautet: Nein.

Natürlich sollte man nicht zu übereilt versuchen, die Folgen eines so massiven

Aufrüstungsprogramms abzuschätzen. Anderthalb Jahre sind nicht genug für eine endgültige Bewertung. Aber gewisse Dinge sind nun schon seit einiger Zeit klar, wie zum Beispiel die Tatsache, daß das sowjetisch-amerikanische Machtgleichgewicht, die Parität zwischen Warschauer Pakt und NATO, sehr stabil und schwer zu zerstören ist. Angesichts der bestehenden Quantitäten und Qualitäten der Waffen ist es ein äußerst schwieriges Unterfangen, das Gleichgewicht zugunsten von einem von beiden wesentlich zu verändern. Und absolut unmöglich wird es, falls die andere Seite die notwendigen Gegenmaßnahmen ergreift. Das ist eine Realität, und einerlei, welch leeres Getöse die neue Regierung um militärische Streitfragen entfacht hat, es gibt nicht das leiseste Anzeichen dafür, daß es ihr gelungen ist, irgend etwas Neues zu erfinden, das diese Realität möglicherweise verändern könnte. Ebenso nutzlos war der Versuch, so grundlegende Wahrheiten unserer Zeit zu „annullieren“ wie: daß einen Atomkrieg zu entfesseln Selbstmord wäre, daß auf das Gewinnen eines solchen Krieges zu zählen Wahnsinn ist und daß es eine gefährliche Illusion ist zu glauben, daß ein Atomkrieg, sollte er beginnen, begrenzt werden könne.

Man kann von neuem Billionen von Dollars mit dem Versuch vergeuden, diese Realitäten umzustoßen – er wird erfolglos bleiben. Und der Traum, daß Amerika, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen, den Umfang der „Anwendbarkeit“ seiner militärischen Macht, inklusive seiner Atomwaffen, ausweiten kann, wird nur ein Traum bleiben.

Die Zeit, die seit Anfang 1981 vergangen ist, hat deutlich gemacht, daß die wesentlichen Ergebnisse amerikanischer Unternehmungen sich als das Gegenteil ihrer Ziele entpuppten. Denn es waren doch diese Unternehmungen, die in erstaunlich kurzer Zeit tiefgreifende Veränderungen in der öffentlichen Stimmung in der ganzen Welt hervorgebracht haben, indem sie den Menschen wie nie zuvor die Existenz und das Anwachsen der atomaren Bedrohung klarmachten. Diese Erkenntnis hat unbestreitbar eine mächtige Anti-Atom-Bewegung ins Leben gerufen, zunächst in Westeuropa und dann in den Vereinigten Staaten selbst. Das sich wandelnde gesellschaftliche und psychologische Klima hat auf beiden Seiten des Atlantik zu einer immer stärkeren Opposition gegen die Politik der Reagan-Regierung geführt.

Versuche, die Schuld in allem „Moskaus Machenschaften“ oder einer „kommunistischen Verschwörung“ anzulasten, waren kaum überzeugend. Es wurde vielmehr immer deutlicher, daß der „große Lehrmeister“ der Öffentlichkeit die Reagan-Regierung selber war – ihre Methoden und Phrasen, die ungeheuer viele Menschen in Angst versetzt haben. Diese Menschen erschreckte diesmal nicht die angebliche „sowjetische Bedrohung“, sondern die reale Aussicht auf ein nukleares Armageddon, die aus dem sich steigenden Rüstungswettlauf und der Verschärfung der internationalen Spannungen resultiert, die von der Führung des größten westlichen Landes geschürt werden.

Es ist schwer, in diesem Moment die Aussichten der neuen Friedensbewegung abzuschätzen. Ihr Anwachsen 1981/1982 mag eine vorübergehende Erscheinung gewesen sein, eine singuläre Reaktion auf die Exzesse des Reagan-Systems. Aber es ist gut möglich, daß wir nur das erste Grollen des Donners vernommen haben, der eine neue Zeit heraufführt – eine Zeit mit einer weltweiten massiven Auflehnung gegen den Atomkrieg, gegen das Wettrüsten, gegen den Militarismus. Die augenblickliche Lage zwingt die Menschen, ernsthaft über die

Frage des Überlebens nachzudenken. Hat die Menschheit, ohne es zu bemerken, eine Schicksalslinie überschritten? Das Selbstopfer hat im menschlichen Bewußtsein den Nimbus des Heroischen: einzelne und manchmal sogar ganze Völker haben sich um anderer willen oder für irgendeine edle Sache geopfert. Aber wer würde es wagen, etwas zu nennen, das das Opfer der ganzen Menschheit wert wäre? Wer hat das Recht, über so ein Opfer zu befinden?

Es tut mir leid, aber ich habe ernste Zweifel, daß solche Fragen der gegenwärtigen US-Führung auch nur in den Sinn kommen. Die Reagan-Regierung kam an die Macht in der vollen Überzeugung, daß die Wahl von 1980 ihr ein Mandat für ein unbegrenztes Wettrüsten, die Wiederbelebung des Kalten Krieges und militärischer Abenteuer gegeben habe. Einerlei, ob Washington das nun zugibt oder nicht, der Verlauf der Ereignisse hat gezeigt, daß das eine ungeheure Fehleinschätzung war – das amerikanische Volk hat ihr kein Mandat für eine solche Politik gegeben. Es besteht nun kein Zweifel mehr, daß die Pläne einer weiteren Militarisierung der Wirtschaft, der Politik und anderer Bereiche des Lebens in Amerika auf wachsenden Widerstand stoßen werden.

Eine weitere Fehleinschätzung war die Erwartung, daß die Kündigung der Entspannungspolitik und der Aufruf zu einem weltweiten Kreuzzug gegen die UdSSR und andere sozialistische Länder Washington in die Lage setzen werde, seine Verbündeten aufzurütteln, wieder unter einen Hut zu bringen und zu zwingen, den USA blindlings zu folgen. Es hat sich erwiesen, daß die Probleme Entspannung, Abrüstung und Beziehungen zur UdSSR (inklusive Handel) entgegen diesen Absichten zu zusätzlichen Spannungs- und Konfliktquellen innerhalb der NATO wurden.

Der Fehlschlag der Versuche, die NATO zu stärken, kann als ein weiterer Mißerfolg Washingtons betrachtet werden. Die Spannungen über den Atlantik hinweg haben in allen Bereichen zugenommen. In der Wirtschaft stammen die Probleme freilich noch aus der Zeit vor Reagan, aber sie haben sich ernstlich zuge-spitzt. Die Ursachen lagen zum Teil in der allgemeinen wirtschaftlichen Krise im Westen. Aber eine ebenso wichtige Ursache der erhöhten Spannungen war das anmaßende Verhalten Washingtons, das, wie vermutet werden kann, bis zu einem gewissen Grade sogar die Absicht hatte, die Verbündeten zu schwächen. Im besonderen denke ich hierbei an die beispiellos hohen amerikanischen Zinssätze, den in die Höhe getriebenen Dollarkurs und den Importprotektionismus, der an die Grenze eines Handelskrieges führte.

Gegensätze im wichtigsten Bereich des NATO-Bündnisses – der Sicherheit – sind ebenso wie nie zuvor zutage getreten.

Eines hat die Politik der Reagan-Regierung deutlich gemacht (und viele Europäer merken es bereits), nämlich, daß die USA und Europa unterschiedliche Sicherheitsvorstellungen haben. Für die Vereinigten Staaten erweist sich Europa in erster Linie als vorgeschobener Kriegsschauplatz, auf dem es die Amerikaner „im Notfall“ auf einen Krieg mit den Russen ankommen lassen würden, selbst unter Einsatz von Atomwaffen, wogegen sie ihr eigenes Land der Bedrohung einer unausweichlichen Zerstörung nicht aussetzen. Ganz gleich, welche schönen Reden von Washington gehalten werden, um das zu rechtfertigen, Tatsache ist, daß die USA ihre Militärdoktrin und Waffentechnik auf dieses Ziel ausgerichtet haben. Zunehmend betrachten die Europäer ihre Sicherheit ganz anders, was nur natürlich ist, denn für sie ist Europa ihre einzige Heimat. Und die Aussicht,

daß irgend jemand mit jemand anderem in dieser Heimat Krieg führt, ist schlichtweg unannehmbar für sie.

Nun gibt es natürlich Amerikaner, die freundlicher von Europa denken, ebenso wie es Europäer gibt, die alles täten, um Washington glücklich zu machen. Aber die tiefe Kluft zwischen den beiden Sicherheitsvorstellungen dauert fort und vertieft sich sogar noch weiter.

Besonders sichtbar wird dies vor dem Hintergrund des unverkennbar Auftrieb erhaltenden amerikanischen Chauvinismus. Es hat mich ziemlich amüsiert, als ich die Begründung der Reagan-Regierung für ihre Weigerung hörte, die neuen MX-Raketen in den Prärien von Utah oder New Mexico aufzustellen. Der Grund war nämlich, daß die Farmer draußen im Westen Mr. Reagan wissen ließen, daß sie ihre Wüste und ihre traditionelle Lebensweise lieber unberührt erhalten würden. Nun weiß jeder, daß Mr. Reagan die rauhe, einsame Schönheit des amerikanischen Westens liebt, ganz zu schweigen von dem anderen, weniger bedeutsamen Umstand, daß er auch die Stimmen der Farmer im Westen braucht – und so wird er die MX dort nicht aufstellen. Wie steht es nun aber mit dem nicht so rauen und nicht so einsamen Boden Westeuropas? Was ist mit den 600 amerikanischen Raketen, die dort stationiert werden sollen?

Ich meine, die chauvinistische Animosität gegenüber der Welt jenseits der amerikanischen Grenzen kann einiges in der Politik und den Phrasen der Reagan-Regierung erklären: ihre fieberhafte Aufrüstung mit dem Ziel einer trügerischen militärischen Überlegenheit über die Sowjetunion, ihre Haltung gegenüber den amerikanischen Verbündeten, ihren harten Kurs in der Dritten Welt, ihre scharfe Zurückweisung aller Möglichkeiten, Spannungen abzubauen, ihre demonstrative Aggressivität. Ich frage mich, ob man in Washington alle Folgen eines solchen Verhaltens bedenkt. Es scheint, daß es dort ziemlich viele Leute gibt, die nicht darüber nachdenken. Oder nehmen vielleicht einige führende Leute in Amerika an, die Hysterie, die sie jetzt schüren, könne je nach Lage auf- und zugekehrt werden wie ein Wasserhahn?

Das führt uns zu einem politisch-psychologischen Problem. Die gegenwärtige Regierung der USA wird von Super-Ideologen beherrscht, die vielleicht die rechtslastigsten Ansichten vertreten, die heutzutage im Westen in Umlauf sind. Ihr Haß richtet sich natürlich hauptsächlich gegen den Kommunismus, die UdSSR und ihre Verbündeten. Aber sie sind auch recht unduldsam gegenüber den Liberalen, ganz zu schweigen von den Sozialdemokraten und Sozialisten, die in Westeuropa so zahlreich sind. In den Vereinigten Staaten selbst kämpft die Gruppe, die jetzt an der Macht ist, gegen ihre politischen Gegner, ohne sich viel Gedanken um die Mittel zu machen. Einige Europäer äußern nun die Angst, diese Leute könnten ihren Kampf auch auf Europa ausdehnen, und tatsächlich haben sie damit an einigen Orten schon begonnen, wo sie versuchen, die Liberalen und Sozialdemokraten ins Wanken zu bringen und die Rechtsopposition zu stützen.

Auch die Beziehungen der USA zur Dritten Welt haben sich kaum verbessert. Wenn die USA dort in den siebziger Jahren die „Ernte“ dessen einholten, was sie in den fünfziger und sechziger Jahren mit ihrer Politik des Diktats, der Ausbeutung und Aggression gesät hatten, so „sät“ Washington nun wieder. Nur diesmal kann die Ernte noch eher reif sein – in Lateinamerika, in der arabischen Welt und anderen Regionen.

Nun bin ich, ehrlich gesagt, sicher, daß man in Washington nicht umhin kann, die eigenen Fehlschläge zu registrieren. Das ist genau der Grund, weshalb die Reagan-Regierung ihre Bereitschaft erklären mußte, mit der Sowjetunion zu reden – sogar über die Abrüstung. Einige maßgebliche amerikanische Fachleute haben das als etwas dargestellt, was in der amerikanischen Politik regelmäßig geschieht: die Bewegung von einer radikalen Position zur Mitte.

Ich denke jedoch, die Situation ist komplizierter und widersprüchlicher. Die politischen Fehlschläge zwingen Washington, geschickt ans Werk zu gehen. Aber leider gibt es keine Anzeichen dafür, daß es sich hier um mehr handelt, als mit politischen Manövern die öffentliche Meinung einzulullen, die Amerikaner und andere Nationen zu täuschen. Schlimmer noch, es hat sich gezeigt, daß auf jede Friedensgeste mehrere aggressive Handlungen kommen, als solle damit die Abneigung der Reagan-Regierung unterstrichen werden, ihre militaristische, unversöhnlich antisowjetische Haltung zu ändern.

So folgten auf Präsident Reagans Rede im Eureka College, in der er die amerikanische Absicht verkündete, Gespräche zur Begrenzung und Reduzierung strategischer Waffen aufzunehmen, seine typischen, im Stil des Kalten Krieges gehaltenen Reden im englischen Parlament und auf der UN-Sondersitzung über Abrüstung. Und zwei offizielle Regierungsdokumente wurden veröffentlicht – ein Memorandum des Nationalen Sicherheitsrats und das vom Pentagon verfaßte „Verteidigungs-Weißbuch 1984–1988“.

Dieses letztere scheint mir eine besondere Erörterung zu verdienen. Ein Kommentar der *New York Times* charakterisierte es als eine Planskizze für den „Krieg bis zum äußersten“. Und wirklich ist es ein sehr kriegslüsternes Papier, das im Grunde genommen der UdSSR und ihren Verbündeten einen Vernichtungskrieg erklärt, einen Krieg unter Einsatz aller Mittel, vom Wirtschaftskrieg, der „technologischen“ Kriegsführung und der uneingeschränkten Subversion bis hin zum offenen Krieg, wozu konventionelle Angriffe auf das sowjetische Territorium und über längere Zeit sich erstreckende atomare Gefechte zählen. Dieses Dokument spiegelt das Denken recht vieler Leute in der Regierung wider: es ist unverschämt und zugleich geistlos. Es enthält eine Menge ausgemachten Unsinn, was General David Jones bei der Aufgabe seines Postens als Sprecher der Joint Chiefs of Staff der USA zu der Warnung veranlaßte, die Ausführung einiger Verfügungen des Weißbuchs liefen darauf hinaus, Dollars in ein „Faß ohne Boden“ zu werfen. Das Weißbuch ist eine Fallstudie im Bluffen, ganz typisch für diese Regierung, die alles daran setzt, denen Furcht einzujagen, die sie als ihre Gegner ansieht, und sich und ihren Verbündeten Auftrieb zu geben. *) Und es ist offensichtlich, daß seine Autoren ihrer eigenen Propaganda zum Opfer gefallen sind, und zwar sowohl, was die amerikanischen Fähigkeiten betrifft, als auch, was die Probleme angeht, denen andere gegenüberstehen.

Ich möchte an dieser Stelle auf den Teil des Schriftstücks eingehen, in dem die USA angewiesen werden, die UdSSR mit dem Mittel des Wettrüstens in den

*) Alle gegenwärtigen Remilitarisierungsanstrengungen der USA haben deutlich einen psychologischen Unterton. James Fallows, ehemals Mitglied des Stabes des Weißen Hauses, schrieb, als die Reagan-Regierung die Produktion und Aufstellung der MX-Raketen beschloß: „Auf die Raketen selbst kam es nie so sehr an wie auf den ‚Willen‘ des Landes, die Minuteman-Raketen gegen die MX auszutauschen.“ „Wir befinden uns wieder in einer Epoche“, schrieb Fallows, „in der Begriffe wie ‚Wille‘ und ‚Mut‘ zur Kennzeichnung unserer Politik benutzt werden – und weniger solche wie ‚nationales Interesse‘.“ (*The New York Review of Books*, 17. 12. 1981, S. 31)

Bankrott zu treiben – insbesondere Waffen zu entwickeln, die „frühere sowjetische Investitionen veraltet“ erscheinen lassen. Solche Versuche sind früher schon oft unternommen worden. Aber die UdSSR entwickelte, als sie von den USA herausgefordert wurde, ihre Verteidigungsprogramme offenbar nicht entsprechend amerikanischen Wünschen, sondern nach ihren eigenen Sicherheitsbedürfnissen. Nach den aufschlußreichen Erklärungen im Verteidigungs-Weißbuch werden wir nun sicherlich noch wachsamer sein und darauf achten, daß wir uns von den USA weder durch den Rüstungswettlauf in den Bankrott treiben lassen, noch durch die Abrüstungsgespräche, bei denen die amerikanischen Vorschläge, im Lichte der im Weißbuch niedergelegten Erklärungen, auf dasselbe Ziel hinauszulaufen scheinen – „frühere sowjetische Investitionen veraltet“ erscheinen zu lassen.

Offen gesagt, hat sich das Weißbuch als sehr lehrreich erwiesen. Denn: Präsident Reagans Rede am 18. Mai im Eureka College enthielt die wirklich rührende Passage, er wolle dem sowjetischen Staatsoberhaupt Breschnew, wenn sie sich träfen, sagen, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, ein neues Abkommen mit der UdSSR zu schließen, und daß die sowjetische „Regierung und das sowjetische Volk von den Vereinigten Staaten nichts in der Welt zu fürchten haben“. Zwei Wochen später lesen wir als Kommentar zu diesen Worten die Anweisung an die US-Streikräfte, „Pläne zu entwickeln, die Sowjetunion auf jeder Konfliktstufe, vom Aufruhr bis zum Atomkrieg, zu schlagen.“

Vielleicht gibt es noch eine andere Erklärung für das widersprüchliche Durcheinander der Signale, die aus Washington kommen – innere Streitigkeiten über Kernfragen der Außenpolitik, die in der Regierung selbst weitergehen. Diese Streitigkeiten sind offensichtlich Tatsache. Aber die Kluft der Meinungsverschiedenheiten in diesen Regierungsstreitigkeiten war bisher recht eng. Es wird immer deutlicher, daß sie bisher bestenfalls Differenzen zwischen Spielarten des Extremismus waren. Zugegebenermaßen mögen auch diese in manchen Fällen eine Rolle spielen. Aber ich zweifle, daß diese Rolle ausreicht, eine Grenze zu ziehen zwischen Krieg und Frieden, zwischen allgemeinem Sterben und allgemeinem Überleben.

Es fällt schwer, die geschilderten Meinungen nur zu einer Ansicht des Pentagon, die nicht unbedingt von der Regierung als Ganzes geteilt wird, herunterzuspielen. Diese Denkweise spiegelt bestimmte fahrlässige Anwandlungen in den führenden Köpfen der Regierung wider – war es Zufall, daß Präsident Reagan, als er gegenüber seinen Kollegen am Ende des NATO-Gipfels in Bonn seine Absicht unterstrich, mit der UdSSR Abrüstungsgespräche zu führen, sie im selben Atem dazu aufrief, nicht zu vergessen, daß der Westen politisch „im Kriegszustand mit der Sowjetunion bleibt“?*)

An dieser Stelle können wir eine andere große Kluft zwischen der Politik der USA und der Wirklichkeit feststellen. Es ist in Washington irgendwie übersehen worden, daß erfolgreiche Rüstungskontrollgespräche und vor allem die Verhinderung eines Atomkriegs normale Beziehungen voraussetzen, Beziehungen friedlicher Koexistenz und Entspannung zwischen Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen, zwischen der UdSSR und den USA vor allem. Es ist unmöglich, damit zu rechnen, den Frieden zu erhalten und erfolgreiche Gespräche

*) *Der Spiegel*, Nr. 14, 14. Juni 1982, S. 18

zu führen, wenn man gleichzeitig einen totalen „politischen Krieg“ gegen die sozialistischen Staaten entfesselt, den Rüstungswettlauf antreibt und Argwohn und Haß gegen die Sowjetunion sät. Der frühere amerikanische Botschafter in Moskau, George Kennan, hat, wie auch andere, betont, daß ohne eine realistische Einschätzung der Sowjetunion keine erfolgreiche amerikanische Außenpolitik zustande kommen kann. Er sagte: „Ich halte die Einstellung zur Sowjetunion, die heute im Regierungs- und Zeitungsestablishment unseres Landes vorherrscht, für so extrem, so subjektiv, soweit entfernt davon, was jede nüchterne Prüfung der sichtbaren Wirklichkeit offenbaren würde, daß sie als Richtschnur zum politischen Handeln nicht nur untauglich, sondern gefährlich ist.“^{*)} Der Grund, weshalb sie gefährlich ist, wurde von keinem geringeren als dem verstorbenen John Foster Dulles erklärt, der in seinem Buch „War, Peace und Change“ 1939 schrieb: „Um eine Nation dazu zu bringen, die Lasten auf sich zu nehmen, die mit dem Unterhalt großer Militärbestände verbunden sind, ist es unerlässlich, einen emotionalen Zustand zu schaffen, der der Kriegpsychologie entspricht. Es muß das Bild einer äußeren Bedrohung gemalt werden... Das führt in hohem Maße zur Entstehung einer Ideologie nach dem Schema Helden- nation, Schurkennation und schafft in der Bevölkerung Opferbereitschaft. Existieren diese Bindungen erst einmal, so haben wir eine weite Strecke auf dem Weg zum Krieg zurückgelegt... Die Kräfte, die vordem mobilisiert wurden, um die Kriegerüstung ins Werk zu setzen, können nun ihren Einsatz erzwingen.“ Der Schaden, den die amerikanische Politik des Kalten Krieges der internationalen Lage zufügt, tritt immer deutlicher zutage. Natürlich kennt die Geschichte keinen Konjunktiv, und es ist immer schwierig zu raten, wie das Weltgeschehen unter anderen politischen Verhältnissen verlaufen wäre. Aber ich bin sicher, wenn es die amerikanische Politik der zunehmenden Spannungen und sich verschlechternden Beziehungen zu der UdSSR nicht gegeben hätte, wenn man den internationalen Dialog vertieft, Verhandlungen weitergeführt und die Zusammenarbeit entwickelt hätte, dann hätte eine ganze Reihe internationaler Konflikte vielleicht verhindert oder zumindest begrenzt und friedlich beigelegt werden können. Das trifft gewiß für den Nahen Osten zu, und ich meine, auch für den Südatlantik. In der Welt von heute schafft eine Konfrontationspolitik – NATO gegen Warschauer Pakt, USA gegen Sowjetunion – international eine politische Atmosphäre, die Konflikte fördert und verschärft. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, gefährlich auch für den, der damit spielt.

Das ist das, was ich über die USA sagen wollte.

Ich möchte mich nun einem anderen wichtigen Thema zuwenden – der sowjetischen Außenpolitik in ihrer Entwicklung seit Anfang 1981.

Im Februar/März 1981 wurde im Kreml der 26. Parteitag der KPdSU abgehalten. Er war eine Demonstration politischer Kontinuität, bei der die Entschlossenheit der Führung der Partei und des Landes bekräftigt wurde, den Prinzipien der zwei vorangegangenen Parteitage zu folgen, den Prinzipien von Entspannung, Verhandlungen und Zusammenarbeit. Diese Prinzipien spielten bei der

*) „Des Moines Register“, 21.3.1982

Um Botschafter Kennans Standpunkt zu veranschaulichen, zitiere ich eine Erklärung des New Yorker Kongreßabgeordneten John Le Boutillier, eines „aufsteigenden Sterns“ der republikanischen Rechten. Mr. Le Boutillier faßt seine Einstellung zur Sowjetunion folgendermaßen zusammen: „Wir sind gut, und die Russen sind schlecht. Wir haben recht, und sie haben unrecht.“ (*Esquire*, April 1982, S. 63)

Schaffung wichtiger positiver Veränderungen in der Weltlage der siebziger Jahre eine größere Rolle. Der Parteitag unterstrich die Kontinuität der allgemeinen politischen Grundsätze, brachte in seinen Papieren und Beschlüssen aber auch eine große Zahl neuer Ideen vor.

Unmittelbar vor dem Parteitag schien die Reagan-Regierung alles darauf anzu-legen, die sowjetische Führung zu provozieren. Sie nahm eine demonstrativ harte antisowjetische Haltung ein, äußerte unerhörte Beschuldigungen und un-ternahm sogar persönliche Angriffe gegen unsere Führung. Ich meine, all das hatte zum Zweck, die Sowjetunion in einen Verbalkrieg hineinzuziehen und möglicherweise sogar zu versuchen, sie zur Änderung ihrer Politik zu bewegen. Der 26. Parteitag bewies das Fehlschlagen dieser Versuche. Er legte einen konstruktiven Plan über wichtige internationale Fragen vor, darunter die sowje-tisch-amerikanischen Beziehungen. Leonid I. Breschnew wiederholte vom Po-dium des Parteitags herab, daß wir die Normalisierung dieser Beziehungen auch weiterhin als eine Angelegenheit von großer Bedeutung ansehen. Die Sowjet-union betrachtet sie als entscheidend für die Völker der UdSSR und die USA, ebenso wie für den Frieden in der ganzen Welt. Ich hoffe, der Leser stimmt damit überein, daß ein solcher Standpunkt politische Reife und politischen Mut offen-bart: es ist viel leichter, mit dem Säbel zu rasseln und Phrasen zu dreschen, als in einem Augenblick, da sich in den USA antisowjetische Gefühle entwickeln, für die Verbesserung der Beziehungen, die Wiederaufnahme von Gesprächen und eine Rückkehr zu den Verhältnissen der Entspannung einzutreten.

Im Zusammenhang mit spezielleren militärpolitischen Fragen möchte ich vor al-lem die Erläuterung der sowjetischen Militärdoktrin und der sowjetischen Hal-tung zu Fragen militärischer Vorbereitungen und des Krieges, auch eines Atom-kriegs, durch den Parteitag nennen. Es wurde mit aller Deutlichkeit festgestellt, daß die Sowjetunion es für beide Seiten als unmöglich betrachtet, einen Rü-stungswettlauf zu „gewinnen“ – d. h., eine militärische Überlegenheit zu errei-chen, die in irgendwelche greifbaren Vorteile umgesetzt werden könnte. Der Parteitag bestätigte auch die wiederholt von Sowjetführern vorgetragene An-sicht, daß auch der Versuch, eine solche Überlegenheit zu erlangen, in einem nu-klearen Zeitalter nutzlos und zwecklos ist. Die an der sowjetischen Militärdok-trin Interessierten werden in den Protokollen des Parteitags darüber hinaus neue Belege dafür finden, daß die Sowjetunion es als sinnlos und unmöglich ansieht, in einem Atomkrieg mit einem Sieg zu rechnen: Leonid I. Breschnew nannte solche Erwägungen „gefährlichen Wahnsinn“.

Ein weiterer Grundsatzpunkt: der Parteitag wies den Begriff eines „begrenzt-en“ Atomkriegs nachdrücklich als völlig absurd zurück. Leonid Breschnew sag-te: „Ein ‚begrenzter‘ Atomkrieg, wie ihn sich die Amerikaner in, sagen wir, Eu-ropa vorstellen, würde von Anfang an die sichere Vernichtung der europäischen Zivilisation bedeuten. Auch die Vereinigten Staaten wären nicht in der Lage, den Flammen des Krieges zu entkommen.“ Die Doktrin eines „begrenzten“ Atomkriegs wurde als ein Versuch gebrandmarkt, die Menschen irrezuführen, sie mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß Atomwaffen eingesetzt werden können, und sie davon zu überzeugen, daß ein atomarer Holocaust in bestimm-ten „annehmbaren“ Grenzen gehalten werden kann.

Der 26. Parteitag der KPdSU lenkte die Aufmerksamkeit der Völker und Regie-rungen der Welt auf ein „Programm für den Frieden in den achtziger Jahren“ –

eine Reihe von Vorschlägen, die darauf zielen, den Prozeß wachsender Spannungen zu stoppen und umzukehren und die internationalen Beziehungen wieder auf den Weg von Entspannung und Verhandlungen zurückzubringen.

Im Mittelpunkt dieses Programms wurden Vorschläge skizziert:

- die Lösung von Konflikten und Krisensituationen in den explosivsten Weltregionen zu fördern (im Nahen Osten, am Persischen Golf, in Südasien u. a.;
- den Dialog im Interesse des Friedens und der Zusammenarbeit auszubauen. Insbesondere wurde ein Gipfeltreffen zwischen der UdSSR und den USA vorgeschlagen, die besondere Verantwortung für die Verhinderung eines Atomkriegs tragen; des weiteren eines zwischen den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrats, dem sich andere Staaten anschließen könnten, die an derartigen Gesprächen teilnehmen wollen;
- die Beendigung des Wettrüstens, die Begrenzung und den Abbau der Rüstung zu fördern. Es wurde vorgeschlagen, den Bereich, der von vertrauensbildenden Maßnahmen eingenommen wird, auf ganz Europa auszudehnen; Gespräche über die Einführung solcher Maßnahmen im Nahen Osten zu führen; die sowjetisch-amerikanischen Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstung sofort wieder aufzunehmen, wobei alle positiven Elemente, die bisher in diesem Bereich erzielt worden sind, erhalten bleiben sollen; Gespräche über die Begrenzung oder, wenn möglich, Reduzierung der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa zu beginnen und ein Moratorium über die Aufstellung von Mittelstreckenwaffen für die Dauer der vorgeschlagenen Gespräche zu schließen.

Der 26. Parteitag bestätigte eine Reihe weiterer Initiativen, die in früheren Jahren von der sowjetischen Regierung ergriffen worden waren, wie etwa das sowjetische Versprechen, keine Atomwaffen gegen Nationen einzusetzen, die keine Atomwaffen besitzen und die Aufstellung solcher Waffen auf ihrem Territorium nicht zulassen; der Vorschlag, die Produktion von Atomwaffen zu stoppen und damit zu beginnen, ihren Bestand auf Null zu reduzieren; der Vorschlag, daß alle Staaten, die die Vereinbarungen von Helsinki unterzeichnet haben, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und konventionellen Waffen gegeneinander verzichten. Der Parteitag rief zu einem raschen Abschluß der Verträge auf, die alle Atomtests und die Herstellung von chemischen und radiologischen Waffen verbieten. „Die UdSSR ist bereit, über die Begrenzung von Waffen jedes Typs zu verhandeln“, sagte Leonid Breschnew wiederholt.

Die Sowjetunion hat diese Politik seither konsequent verfolgt. Sie hat ein einseitiges Moratorium über die Aufstellung von SS-20-Raketen in Europa beschlossen und damit begonnen, die Gesamtzahl ihrer atomaren Mittelstreckenraketen in dieser Region zu reduzieren. Sie hat es unterlassen, irgendwelche neuen Raketen dieser Art in Gebieten aufzustellen, von denen aus Westeuropa erreichbar wäre. Sie hat vorgeschlagen, daß sowohl die USA als auch die Sowjetunion Abstand davon nehmen, die gefährliche neue Waffe – land- und seegestützte Langstrecken-Marschflugkörper (cruise missiles) – in Stellung zu bringen; daß beide Staaten miteinander vereinbarte Grenzen der Operationsgebiete von U-Booten festlegen, die mit strategischen Raketen bestückt sind, und daß sie die Menge ihrer strategischen Waffen einfrieren und ihre qualitative Verbesserung auf ein Minimum beschränken. Die Sowjetunion hat den Vereinten Nationen den Entwurf eines Abkommens unterbreitet, das alle chemischen Waffen verbietet, sie

hat vorgeschlagen, Waffen jeder Art im Weltraum zu verbieten, und unterstützt aktiv Initiativen zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen.

Ein Schritt von größter Bedeutung war die Erklärung der sowjetischen Regierung auf der UN-Sondersitzung über Abrüstung, daß die Sowjetunion sich verpflichtet habe, niemals als erste Atomwaffen einzusetzen. Im Gegensatz zu einigen Interpretationen im Westen war diese Garantie kein leeres Wort: nachdem wir einseitig auf den ersten Einsatz von Atomwaffen verzichtet haben, müssen wir nun unsere militärische Haltung vielen Änderungen unterziehen, die absolut überprüfbar sein werden. Eine detaillierte Erörterung dieser Frage ist in einem Artikel von Verteidigungsminister Dmitri Ustinow zu finden, der am 12. Juli 1982 in der *Prawda* erschien.

Die wachsende Stärke der Friedensbewegungen in Westeuropa und Amerika, das Drängen einer Anzahl von Regierungen, die mit den USA verbündet sind, und das beharrliche und flexible Vorgehen der Sowjetunion haben zusammen ihre Wirkung getan – die USA mußten einwilligen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, zunächst zu Gesprächen über atomare Mittelstreckenwaffen und später auch zu Gesprächen über strategische Waffen. Es ist natürlich noch viel zu früh, Ergebnisse abzuschätzen. Aber ich möchte angesichts des lebhaften Interesses, das die westdeutsche Bevölkerung diesem Thema entgegengebracht hat, trotzdem kurz auf die zwei Gesprächsrunden eingehen.

Verhandeln ist der einzige Weg, den Rüstungswettlauf zu stoppen, offenes und ehrliches Verhandeln. Aber es reicht nicht, miteinander zu sprechen – die Gespräche müssen auch zu Vereinbarungen führen.

Wie ich bereits gesagt habe, glaube ich nicht, daß es unter der gegenwärtigen Regierung in den USA große Chancen für solche Vereinbarungen gibt – es sei denn natürlich, sie befindet sich unter einem Druck, der stark genug ist, sei er wirtschaftlich oder politisch, komme er von innen oder von außen, von anderen Regierungen oder der Öffentlichkeit als Ganzem. Im letzten Jahr waren wir Zeugen davon, wie sich ganz normale Leute mutig in Fragen der Rüstungskontrolle einmischten. Die Falken haben das nicht begrüßt, um es milde auszudrücken. Sie verstecken ihre wahre Meinung hinter einer Maske der Verachtung für diese „Nicht-Fachleute“, die mit ihren allzu „simplen“ und „naiven“ Vorstellungen in ihr Heiligtum eindringen. Mr. Weinberger sagte es mit hilfreicher Unverfrorenheit: „Sicherheitsprobleme sind nicht auf der Straße zu entscheiden.“

Nun, Leute wie Mr. Weinberger hoffen vielleicht, sie könnten einen Atomkrieg überstehen. Aber der Krieg ist eine zu wichtige Sache, als daß er den Generälen (und Verteidigungsministern) überlassen bleiben dürfte. Diese alte Weisheit ist in einem Atomzeitalter noch viel bedeutsamer, wenn die Kernfrage das Überleben der Menschheit ist.

Selbst den besten und klügsten Fachleuten, selbst der vernünftigsten militärischen oder politischen Führung kann nicht gestattet werden, dieses Problem für sich allein in Anspruch zu nehmen. Es muß gelöst werden, und zwar nur unter aktiver Beteiligung der Hunderte von Millionen, deren Leben auf dem Spiel steht – dazu gehören natürlich auch alle jene Staatsmänner, Geistlichen, Wissenschaftler und, ja, auch Generäle und Admiräle, die den Menschen und nicht den Waffen dienen wollen.

Was ist der Kern der sowjetischen und amerikanischen Standpunkte bei den zwei nun in Genf vorstatten gehenden Gesprächsrunden?

Die Sowjetunion ist der Vorstellung eines atomwaffenfreien Europa energisch verpflichtet. Dementsprechend haben wir vorgeschlagen, alle Atomwaffen auf dem Kontinent abzuschaffen – nicht nur die Mittelstreckenraketen („intermediate range“, oder wie wir sie nennen, „medium range“: von mittlerer Reichweite), sondern auch taktische. Falls der Westen zu einer so radikalen Lösung nicht bereit ist, haben wir andere weitreichende Vorschläge gemacht. Demnach würden beide Seiten übereinkommen, ihre Anzahl an atomaren Mittelstreckenwaffen vom gegenwärtigen Stand von etwa 1000 auf 300 im Jahr 1990 herabzusetzen. Die meisten der abgezogenen Waffen würden verschrottet werden, wogegen die nicht verschrotteten so weit hinter den Ural zurückgezogen würden, daß sie Westeuropa nicht mehr erreichen könnten. Ausreichende Kontrollverfahren würden ausgearbeitet werden.

Die Vereinigten Staaten haben die sogenannte „Null-Option“ vorgeschlagen. Das ist ein seltsamer Vorschlag – wir bekommen Null, und die NATO bekommt neue Optionen. Nach dem Reagan-Plan würde die Sowjetunion ihre neuen wie ihre alten ballistischen Mittelstreckenraketen abbauen, wogegen die NATO lediglich darauf verzichten würde, neue Raketen aufzustellen, während sie alle Systeme, die sie gegenwärtig besitzt, behielt, darunter die recht ansehnliche Zahl britischer und französischer Atomwaffen – Flugzeuge wie Raketen. Und es ist alles andere als klar, ob die USA bereit sein werden, auf die Aufstellung ihrer seegestützten Cruise Missiles zu verzichten, vor allem in der Nähe Europas. Darüber hinaus macht der Reagan-Plan zur Bedingung, daß diese einseitigen Reduzierungen der Sowjetunion nicht nur in Europa, sondern ebenso im Fernen Osten auferlegt werden.

Mittlerweile läuft die Zeit ab. Der Termin für die Aufstellung der US-Raketen rückt jeden Tag näher. Die Genfer Gespräche jetzt werden von Washington eher dazu benutzt, das wachsende Interesse der Regierungen und der Öffentlichkeit in den USA und Westeuropa zu entschärfen, als ein Abkommen zu erarbeiten, das die drohende neue Runde des Rüstungswettlaufs stoppen würde.

Und es sieht so aus, als sei die amerikanische Haltung bei den Gesprächen über strategische Waffen von derselben Absicht getragen.

Die Entscheidung der USA, Verhandlungen über die strategische Rüstung zu beginnen, war an sich ein positiver Schritt der amerikanischen Regierung. Die Sowjetunion hat schon lange darauf gedrängt. Aber gegenüber anderen Punkten habe ich im Moment sehr ernste Vorbehalte.

Die Reagan-Regierung hat ein neues Akronym für diese Verhandlungen geprägt – START, für: **s**trategic **a**rms **r**educing **t**alks. Das Schlüsselwort ist „Reduktion“, und es dient dazu, die USA als Verfechter des Abbaus der strategischen Waffen beider Länder darzustellen, während die Sowjetunion, wie auch die frühere US-Regierung, angeblich „nur“ für SALT ist, was heißt, ihrer Zunahme Grenzen zu setzen. Wenn das SALT-II-Abkommen ratifiziert worden wäre, dann hätte die Sowjetunion inzwischen bereits 254 Raketen weniger, und die USA – 34 weniger. Und beide Seiten befänden sich jetzt mitten in den SALT-III-Verhandlungen, die der gemeinsamen Erklärung zufolge, die dem SALT-II-Abkommen beigelegt war, eben die starken Reduzierungen in den bestehenden Atomarsenalen zum Ziel gehabt hätten.

Das von den USA zu Beginn der START-Verhandlungen unterbreitete Angebot ist so unverhohlen einseitig, daß es den früheren Außenminister Edmund

Muskie zu der Frage veranlaßte, ob es nicht „ein Geheimplan sei, um die Abrüstung kaltzustellen, während die USA mit der Aufrüstung weitermachen – in dem vergeblichen Streben nach Überlegenheit.“ In einem Atomzeitalter kann eine solche Haltung nur katastrophale Folgen haben.

Präsident Reagan versuchte, einen Vorteil aus den Unterschieden in den bestehenden Strukturen der amerikanischen und sowjetischen strategischen Waffen zu ziehen, und bot Reduzierungen dort an, wo sie vor allem den stärksten Teil der sowjetischen Waffensysteme betroffen hätten – die ICBMs (intercontinental ballistic missiles), wogegen sie die US-Systeme nur am Rande beeinflußt hätten. Die Annahme des amerikanischen Angebots hätte zur Reduzierung der Zahl der sowjetischen ICBM-Sprengköpfe um die Hälfte geführt, während die USA nur den veralteten Teil ihrer SLBM-Rüstung verschrottet hätten und im übrigen in der Lage gewesen wären, ihre ICBM-Rüstung auszubauen. Die strategische Bomberflotte der USA bliebe unberührt. Der amerikanische Vorschlag ließe den USA freie Hand, alle ihre neuesten Systeme für einen ersten Angriffsschlag – Trident 2, die MX, einen neuen strategischen Bomber und strategische Cruise Missiles – zu entwickeln und in Stellung zu bringen. Mit anderen Worten, Zweck dieses Vorschlags ist es, die Sowjetunion zu entwaffnen und, wie es in dem Pentagon-Weißbuch für 1984–1988 formuliert wird, „frühere sowjetische Investitionen veraltet“ erscheinen zu lassen.

Natürlich ist der erklärte Grund der USA, sich unsere ICBMs für die durchgreifendsten Reduzierungen auszusuchen, daß sie „die destabilisierendsten Waffen“ sind. Diese Vorstellung geht auf ein amerikanisches Modell zurück, wonach die ICBM eine Waffe ist, die sich zu einem Gegenschlag oder sogar zu einem ersten Schlag eignet, wogegen es die Funktion der SLBMs und Bomber (oder eines Teils von ihnen) ist, einen zweiten Schlag als Vergeltung für den ersten Schlag des Gegners zu führen.

Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß dieses in den sechziger Jahren entstandene Modell nicht so sehr das Ergebnis guter und genauer Berechnungen war, als vielmehr eine logische Begründung, eine (einigermaßen nachdatierte) Rechtfertigung der strategischen Waffen, die in den Vereinigten Staaten gebaut wurden. In seinen Einzelheiten spiegelte das Modell die Merkmale der geostrategischen Lage der USA wider, wie auch die Resultate erbitterter Nahkämpfe zwischen Army, Navy und Air Force.

Aber es ist kaum zu rechtfertigen, daß dieses amerikanische Modell als absolute Wahrheit akzeptiert wird. Die UdSSR hat eine andere Geschichte, eine andere geostrategische Lage, andere Waffensysteme und andere Strukturen innerhalb ihrer Streitkräfte. Und wenn es diese natürlichen Unterschiede gibt, dann heißt das nicht, daß die UdSSR auf den Gegenschlag setzt oder einen ersten Schlag plant. Es gibt einleuchtende Gründe dafür, daß die ICBMs den SLBMs als Abschreckungswaffe entsprechen. Mit ihnen ist die Kommunikation verlässlicher; sie anzugreifen, würde heißen, das Territorium des Gegners anzugreifen, und das wäre folglich nichts anderes (oder zumindest wenig anders), als einen totalen Krieg zu beginnen (was von der Seite nicht unbeachtet bleiben kann, die einen Präventivschlag plant). Sollten sie jemals verwundbar werden, so gibt es immer ein Gegenmittel: sie auf ein Warnsignal und im Falle eines Angriffs zu starten. Das kann von der Seite nie ausgeschlossen werden, die einen gezielten Gegenschlag plant, der sichtlich dazu dient, die Abschreckung zu stärken. SLBMs und

Bomber können aber ebenso auch anders bewertet werden, als die Amerikaner das tun. Wenn zum Beispiel ein Konflikt als konventioneller und nicht als nuklearer Krieg beginnt, dann wäre es leichter, man versuchte, statt die ICBMs anzugreifen, im ersten Stadium möglichst viele U-Boote zu versenken, die mit strategischen Raketen bestückt sind – besonders, wenn man bedenkt, daß das ohne atomare Angriffe gegen das Territorium des Gegners geschehen könnte. Oder was kann Flugzeuge daran hindern, zu starten (wie es übrigens geplant ist) und den Gegner raten zu lassen, wo sie sind – ob sie sich vor dem Angriff verstecken oder bereits an der Kampflinie aufgezogen sind, um äußerst zielgenaue Cruise Missiles abzufeuern? (In diesen Szenarios folge ich amerikanischen, nicht sowjetischen Vorstellungen. Wir sind gegen die Doktrinen des „ersten Schlages“ und des „begrenzten Atomkriegs“, da wir sie nicht nur als moralisch verfehlt, sondern auch als vollkommen falsch und utopisch ansehen).

Doch lassen wir jetzt eine detailliertere Prüfung des amerikanischen Vorschlags wie auch die unserer möglichen Gegenvorschläge hinsichtlich starker Kürzungen in der Rüstung beiseite und konzentrieren wir uns auf das wichtigste Problem. Mr. Reagan selbst hat in seiner Eureka-Rede eingeräumt, daß ein Abkommen zu erreichen „viele Jahre intensiver Bemühungen in Anspruch nehmen“ würde. Hier kann man ihm voll zustimmen. Doch wirft das die entscheidende Frage auf: Was wird in diesen langen Jahren geschehen? Wie es im Augenblick aussieht, bieten die USA nur eines an – einen unbegrenzten Rüstungswettlauf. Selbstverständlich verkündete Mr. Reagan seine Bereitschaft, an SALT-II festzuhalten. Aber es gibt sehr gefährliche Waffenprogramme, die von SALT-II nicht abgedeckt sind. In den USA wird daran im ganzen Umfang intensiv weitergearbeitet. Wenn das so weitergeht, werden wir gezwungen sein, auf einigen Gebieten das selbe zu tun. Und falls die Lage sich in diese Richtung entwickeln sollte, dann spielt es keine Rolle mehr, auf welche umfangreichen Kürzungen wir uns nach jahrelangen Gesprächen einigen können, denn angesichts der Tatsache, daß es neu entwickelte Waffen gäbe, wäre so ein Abkommen belanglos.

Deshalb schlug die Sowjetunion vor, daß die bestehenden strategischen Waffen der UdSSR und der USA mit Beginn der Gespräche eingefroren werden sollten, daß ihre Modernisierung weitestgehend begrenzt würde und daß keines der beiden Länder Schritte unternähme, die das bestehende strategische Gleichgewicht stören könnten. Aber leider war die erste Reaktion aus den USA negativ. Zum Schluß möchte ich noch kurz auf ein Begriffsproblem eingehen, das heute zunehmend diskutiert wird. Auch die Unabhängige Kommission über Sicherheit und Abrüstung (die Palme-Kommission, als die sie allgemein bekannt wurde), zu der ich gehörte, sprach dieses Problem an: Wie sollen wir mit Atomwaffen weiterleben?

Der von der Kommission vorgelegte Bericht hat unterstrichen, wie wichtig es ist, die Doktrin der auf Rüstungswettlauf beruhenden gegenseitigen Abschreckung umzustößen. Der Bericht stellte fest: „Unsere Alternative ist die gemeinsame Sicherheit. Hoffnung auf Sieg kann es in einem Atomkrieg nicht geben, beide Seiten wären in Leid und Vernichtung vereint. Nur miteinander können sie überleben. Die internationale Sicherheit muß von der Verpflichtung zum gemeinsamen Überleben getragen sein und nicht von der Drohung gegenseitiger Vernichtung.“